

*Philipp Gassert*

## **„1968“ als Wahrnehmungsrevolution**

Eine kluge These, die umfassender untersucht werden müsste<sup>1</sup>

### **1. Zum historischen Ort von 1968**

Ende der 1960er Jahre hatte sich die westdeutsche Gesellschaft wie auch die amerikanische, französische, italienische und fast alle westlichen Gesellschaften so weitgehend liberalisiert, dass die von den Protestereignissen um 1968 ausgehenden Schocks in den folgenden Jahrzehnten allmählich absorbiert werden konnten<sup>2</sup>. Darüber zerbrach, bei allem Streit in der Sache, der breite gesellschaftliche Grundkonsens nicht, auch wenn sich dann einige wenige Mitglieder der APO und 1968er radikal außerhalb des bundesrepublikanischen Großkonsenses stellten<sup>3</sup>. Daher lässt sich bei allen Unterschieden in der individuellen Bewertung der Ereignisse als Quintessenz aus der jüngsten Forschung festhalten, dass die massiven soziokulturellen Transformationsprozesse der „dynamischen Zeiten“ der ersten Nachkriegsjahrzehnte im Kontext der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Protesten rund um 1968 produktiv verarbeitet wurden<sup>4</sup>. Das gilt ungeachtet der Belastungen, die derartige gesellschaftliche Konflikte unweigerlich mit sich bringen<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Für Anmerkungen und Kritik danke ich Reinhild Kreis (Augsburg).

<sup>2</sup> Vgl. u. a. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2006; Norbert Frei, 1968. *Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008; Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956–1977*, Houndsmills 2008.

<sup>3</sup> Auch vor diesem Hintergrund überzeugt in der langen Perspektive die in den 1970er und 1980er Jahre oft geäußerte Kritik – z.B. von Hermann Lübke, *Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche*, Stuttgart 1982 – nicht. In der Debatte über den Terrorismus wird ein Randphänomen mit allen gesellschaftlichen Folgen gleichgesetzt.

<sup>4</sup> Zur Forschung vgl. Philipp Gassert, *Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre*, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001>.

<sup>5</sup> Dass Konflikt letztlich verbinden kann, ist die These von Georg Simmel, *Der Streit*, in: ders., *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Berlin 1923, S. 186–255, hier S. 187; zur Kritik Carsten Stark, *Die Konflikttheorie von Georg Simmel*, in: Torsten Bonnacker (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Wiesbaden 2008, S. 83–96.

In diesem Sinne positioniert sich Ingrid Gilcher-Holtey in der Einleitung zu diesem Band: „Wer die ‚langen 60er Jahre‘ gegen eine 68er-Forschung ausspielt, die die soziale Bewegung ins Zentrum rückt, führt ein Scheingefecht.“<sup>6</sup> Sie macht damit erneut gegen eine Auffassung Front, die in einem der früheren Bände dieser Reihe schon einmal Gegenstand einer Kontroverse zwischen ihr und Udo Wengst war. Letzterer polemisierte dort seinerseits gegen die in der Forschung in den 1990er Jahren oft vertretene Auffassung, 1968 sei eine nachgerade epochale Zäsur gewesen. Das überschätze die Rolle der APO maßlos, das Verhältnis von „Reform und Revolte“ müsse neu überdacht werden.<sup>7</sup> Doch im Vergleich zur frühen Berliner Republik der 1990er Jahre, als sich viele bundesdeutsche Intellektuelle in kritischer Manier gegen 1968 positionierten und dabei oft direkte Wirkungszusammenhänge zwischen 1968 und der mit zeitgenössisch hoher Emphase verkündeten „Umgründung“ der Republik postulierten<sup>8</sup>, klingt diese Sicht der umgründenden Wirkungen von 1968 von heute betrachtet naiv. Sie wird von der Geschichtswissenschaft kaum noch geteilt. Gilcher-Holtey wie Wengst sind sich einig, dass 1968 nicht ohne die im Laufe der 1960er Jahre einsetzenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse gedacht werden kann.

Die Aufgabe künftiger Forschung sollte daher weniger darin bestehen, weiter unermüdlich nach den weitgehend aufgeklärten Entstehungszusammenhängen von 1968 im Kontext der Transformationsprozesse der Sixties zu fragen, sondern die Perspektive chronologisch länger zu ziehen, und zwar in meiner Einschätzung bis in die 1980er und 1990er Jahre<sup>9</sup>. Nur so werden

<sup>6</sup> S. 8 in diesem Band.

<sup>7</sup> Vgl. Udo Wengst, Einleitung zu: ders. (Hrsg.), *Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1968*, München 2011, S. 7–10, hier S. 8, sowie die von Wengst in seinem Kommentar zu diesem Band zitierte ältere Forschung der 1990er Jahre.

<sup>8</sup> Vor allem Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 490; in der jüngeren Literatur Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 354.

<sup>9</sup> Für erste Ansätze in diese Richtung vgl. Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010; Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980*, New York 2006; zum generellen Kontext vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; Konrad Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

die transformierenden Wirkungen der Protestereignisse der späten 1960er Jahre sichtbar oder auch nicht. In diesem Sinne wirft Gilcher-Holtey die vertrackte Frage nach dem kausalen *impact* von 1968 auf. Ungeachtet übrigens der konstruktivistischen geschichtstheoretischen Prämissen des Projekts fragt auch sie (in moderat „realistischer Manier“) im Kern nach den Wirkungen sozialer Bewegungen, um deren „eigenständigen Beitrag“ zu erfassen, wobei es vor allem darum geht, „sie als strukturierten und strukturierenden Faktor im Prozess sozialen Wandels zu analysieren“<sup>10</sup>. Nur sollten diese Wirkungen Gilcher-Holtey zufolge „monokausaler Zuschreibung“ entzogen werden (die in der Forschung indes kaum noch so vorgenommen werden), indem präzise benannte Konstellationen des Wandels vor allem im Kontext kultureller Institutionen und Aktivitäten analysiert werden: in Zeitschriften (Henning Marmulla), Theater (Dorothea Kraus), Journalismus (Björn Lück), Fernsehen (Meike Vogel), Verlagswesen (Claus Kröger) und Erinnerungskultur (Silja Behre).

Damit wird der inzwischen schal wirkende Streit um die Zurechnung und die Wirkungen von 1968 zwar nicht ganz beendet, aber doch die Debatte auf einen neuen Schauplatz verlagert. Diesen eröffnet Gilcher-Holtey mit der von ihr so benannten „Wahrnehmungsrevolution“, die durch 1968 ausgelöst worden sei<sup>11</sup>. Sie möchte einen Paradigmenwechsel der Forschung einleiten, indem sie – kongenial zum Bielefelder SFB „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“, aber auch der neueren Forschung zur Kultur- und Kommunikationsgeschichte der Proteste um 1968<sup>12</sup> – den Begriff des Politischen konsequent anders fasst als dies in der bisherigen 68er-Forschung bisher weit überwiegend der Fall war. Das unterläuft das zum Gemeinplatz geronnene *Aperçu* der 1990er Jahre elegant, 1968 sei „kulturell erfolgreich“ gewesen, aber „politisch gescheitert“<sup>13</sup>. In Anlehnung an das Politikverständnis der Neuen Linken, die eine veränderte Sichtweise von Politik und Gesellschaft propagierte und Ideen stärker akzentuierte als (materielle) Produktionsverhältnisse, das fantasievolle Experiment und die

<sup>10</sup> S. 8 in diesem Band.

<sup>11</sup> Es versteht sich inzwischen von selbst, dass 1968 als Chiffre für die Protestereignisse um 1968 zu nehmen ist, was im Wesentlichen die von der studentischen Linken getragene außerparlamentarische Opposition der späten 1960er Jahre meint. Daher werden in diesem Text auch die Anführungszeichen weggelassen. Zu den begrifflichen Abgrenzungen Gassert, *Das kurze „1968“*.

<sup>12</sup> Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), *Handbuch 1968 zur Kultur- und Medien-geschichte der Studentenbewegung*, Stuttgart 2007.

<sup>13</sup> Wolfgang Kraushaar, *Achtundsechzig. Eine Bilanz*, Berlin 2008, S. 286.

(angeblich sanfte) Revolution der Lebens- und Kommunikationsformen über die gewaltsam revolutionäre Umverteilung in Klassenkämpfen stellte, und damit die Bewusstseinsveränderung vor die Veränderung des Seins stellte, sei 1968, so die zentrale These des Projekts, eine „Wahrnehmungsrevolution“ gewesen<sup>14</sup>.

So erfreulich aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive das Anknüpfen an den Quellen und dem Wahrnehmungshorizont der Akteure von „1968“ auch ist, so wirft das doch als eine erste Rückfrage auf, ob die These von der „Wahrnehmungsrevolution“ der 1968er als analytischer Zugang ausreichend Distanz zwischen Untersuchungsobjekt und normativem Verständnis der Akteure legt: Die hier abgedruckten Einzelbeiträge konzentrieren sich zum Teil doch stärker auf das hermeneutisch-verstehende Nachvollziehen der zeitgenössischen Perspektive als auf analytisch-erklärendes Zerlegen des Wandels. Indem die Protagonisten der Neuen Linken um 1968 das Subjekt des historischen Wandels neu definierten, sodass nicht mehr Klassenkämpfe, sondern soziale Bewegungen das Bewusstsein revolutionierten, hätten sie rückblickend ihr Scheitern quasi von Anfang an einkalkuliert beziehungsweise sich im Laufe der 1970er und 1980er Jahre gegen derartige Kritik immunisiert. Hier stellt sich als zweite kritische Nachfrage in Bezug auf das Gesamtprojekt, ob diese Bescheidenheit in Bezug auf die Ziele, die sich erst in den 1970er Jahren allmählich abzeichnete, und das neue Politikverständnis, das sich als Folge der Debatten über das angebliche politische Scheitern von 1968 durchsetzte, von Anfang an so gegeben waren. Schließlich ist drittens nachzufragen, ob hier tatsächlich eine „Revolution“ gesellschaftlicher Wahrnehmungsmuster stattfand, oder ob 1968 nicht als Teil eines längerfristigen Prozesses des „Wandels“ gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen und des Selbstverständnisses der Menschen hin zu einer umfassenden Demokratisierung verstanden werden muss, die sich aber keineswegs revolutionär über Nacht ereignete<sup>15</sup>. Wie in Bezug auf den ähnlich konstruierten Begriff der „Kulturrevolution“ müsste deutlicher werden, dass „Revolution“ hier keinesfalls einen plötzlichen Umsturz bedeutete, sondern einen längerfristigen Transformationsprozess.

Mein Eindruck ist, dass entgegen den hier vorgelegten, für sich beeindruckenden empirischen Befunden, die sich mit den Verlagen, Theatern und so weiter auf Arenen außerhalb des aktivistischen Kerns der APO rund

<sup>14</sup> Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, 1968. Eine Zeitreise, Frankfurt a. M. 2008, S. 201 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Philipp Gassert, Narratives of Democratization: 1968 in Postwar Europe, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956–1977, Houndsmills 2008, S. 307–324.

um den SDS beziehen, doch wesentliche Teile der Neuen Linken noch lange an dem ursprünglichen Anspruch festhielten, dass „Utopie machbar“ sei, und zwar im Sinne einer sehr konkreten, an den klassischen revolutionären Vorbildern orientierten „Philosophie der Tat“. Zeitgenössisch zielte das schon auf den raschen Wandel institutioneller Strukturen und gesellschaftlicher Machtverhältnisse ab<sup>16</sup>. Was ein Enzensberger frühzeitig programmatisch formulierte, galt für den durchschnittlichen „Protestbewegten“ um 1968 so wohl eher nicht. Hier müsste in Bezug auf die einzelnen Projekte noch präzisiert werden, wie sich die kulturelle Avantgarde und die Höhenkammliteratur der führenden Intellektuellen à la Enzensberger zu den mentalen Einstellungen der großen Mehrheit der APO-Mitglieder verhielt, die sich in den Straßen zu Protestzügen formierten. Diese hatten doch diese in der Regel hoch theoretischen Ansätze oft nur wenig durchdacht und rezipiert. Wie verhält sich also die Ex-post-Betrachtung eines „Wahrnehmungswandels“ zum zeitgenössischen Bewusstsein des revoltierenden Individuums, das womöglich ein sehr viel handfesteres Verständnis von revolutionärem Wandel besaß<sup>17</sup>?

Ein Grundzug fast aller hier abgedruckten Beiträge ist, dass sie chronologisch relativ eng um die Jahre um 1968 kreisen und nur partiell (vor allem Kröger, Behre, am Rande auch Marmulla) bis in die späten 1970er Jahre vordringen. Das heißt, sie bilden überwiegend die Entfesselung einer kritischen Haltung in den 1960er Jahren ab; sie stellen Bezüge zum soziokulturellen Wandel in den 1960er Jahren her; sie fragen nach den Konflikten rund um die APO und die Proteste der Zeit im Kontext der jeweiligen Fallbeispiele; doch sie bleiben – mit Ausnahme von Behre – aufgrund der chronologischen Engführung die Antwort nach den längerfristigen Wirkungen letztlich schuldig. Da es sich um überschaubare Fallstudien handelt, hätten diese chronologisch wenigstens für den Zweck dieses Bandes weiter ausgedehnt werden können. Im Kern wird die These von der Wahrnehmungsrevolution, die, wie gesagt, besser Wahrnehmungswandel genannt werden sollte, bestenfalls in ihren Entstehungszusammenhängen und auf der intentionalen Ebene belegt. Hinzu kommt, dass sich die Fallstudien die übergeordnete Terminologie nur zögerlich zu eigen machen. Meines Erachtens hätte der Untersuchungszeitraum wenigstens bis in die 1980er Jahre ausgedehnt werden müssen, um gesellschaftlichen Wandel und die Durchsetzung neuer Formen der Wahr-

<sup>16</sup> Vgl. den Rückblick von Peter Mosler (Hrsg.), Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte zehn Jahre danach, Reinbek 1977.

<sup>17</sup> Vgl. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001.

nehmung sozialer Wirklichkeit abzubilden. Darin sehe ich einen Schwachpunkt des Projektdesigns, das dieses aber mit vielen anderen Forschungen zu 1968 und zu den „langen 1960er Jahren“ teilt<sup>18</sup>. Oft erfolgt eine Integration in längerfristige historische Linien jenseits der 1970er Jahre zögerlich, brechen Untersuchungen um 1973 ab.

## 2. Zu den Fallstudien

Die Einzelstudien, deren Auswahl wie stets bei drittmittelfinanzierten Projekten auch mit den Unwägbarkeiten des Antragsprozesses und der zeitnahen Verfügbarkeit von qualifizierten Mitarbeiterinnen sowie einer realisierbaren Quellenbasis zu tun hat, greifen trotz eines durch einen SFB vorgegebenen Rahmens durchaus mit eigensinniger Perspektive das Projekt „Wahrnehmungsrevolution“ auf: Die Beiträge von Henning Marmulla zu Enzensbergers „Kursbuch“, von Claus Kröger zum Verlag der Autoren und von Silja Behre zur Erinnerung an 1968 im deutsch-französischen Vergleich beschäftigen sich primär mit Intentionen und internen Debatten innerhalb der Neuen Linken und ihr nahe stehender Intellektueller. Mit Ausnahme von Behre, die die retrospektive Debatte über 1968 untersucht, und der Arbeit von Vogel, die die Fernsehberichterstattung analysiert, stehen die typischen Protestereignisse um 1968 (etwa Osterunruhen, Anti-Notstandsdemonstrationen) nicht im Fokus der Arbeiten. Indes gehen die Untersuchungen von Dorothea Kraus zum Theater, Björn Lück zu journalistischen Verbänden und Meike Vogel zum Fernsehen auf etablierte institutionelle Kontexte ein und verlassen damit die Binnenperspektive der sozialen Bewegungen um 1968. Dies ist für sich genommen ein wichtiger Fortschritt in der Forschung, nämlich die Integration des Establishments<sup>19</sup>.

Dieses Ausgreifen der Beiträge von Kraus, Lück und Vogel auf gesellschaftliche Bereiche jenseits gegenkultureller Gründungen der Neuen Linken ist von entscheidender Bedeutung, um Fragen nach den durch 1968 ausgelösten Horizontverschiebungen zu beantworten. Kraus stellt für das Theater fest, dass zeitgenössische Autoren und Kritiker wie Hellmuth Karasek wie

<sup>18</sup> Von den 1968 breiter kontextualisierenden Arbeiten enden viele in den frühen 1970er Jahren; vgl. etwa Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006; Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit, 1945–1973*, Göttingen 2006.

<sup>19</sup> Vgl. Katrin Fahlenbrach u. a. (Hrsg.), *The Establishment Responds. Power, Politics, and Protest since 1945*, London 2011.

selbstverständlich davon ausgingen, dass „ein Funke“ überggesprungen sei und es eine direkte Wirkung der Proteste auf das Theater gebe. Demgegenüber sei die historisch-analytische-Zurechnung „selbst innerhalb eines relativ eng umrissenen Gegenstandsbereichs wie das Berufstheater nur als reflektierte Annäherung“ möglich. Neben der APO seien andere Faktoren sozialen Wandels zu berücksichtigen, wie gesellschaftliche Reformdiskurse über Selbstverwaltung und Demokratisierung. Diese Ansprüche wiederum kollidierten mit der Alltagsrealität des Theaterbetriebs. Bald rückte man von radikalen Forderungen nach einer *autogestion* zugunsten von praktikableren Formen der Mitbestimmung ab.

Holte die Realität auch die Reformer ein, so sind doch die mobilisierenden Wirkungen der Theaterkritik und des engagierten Theaters auf die APO und die Proteste der späten 1960er Jahre nicht zu unterschätzen. Seit den frühen 1960er Jahren hatte sich ein neuer Stil der Inszenierungen etabliert, das Programm der Politikferne wurde aufgegeben. Die Ideologie der Werk-treue galt nun als obsolet. Änderten sich auch Form und Inhalt einer sich als politisch verstehenden Kunst, so blieb in der Institution Theater strukturell grundsätzlich vieles beim Alten, wurden doch vor allem Mitbestimmungsregelungen nach wenigen Jahren wieder rückgängig gemacht. Indes habe die Demokratisierung, so das Fazit von Kraus, vor allem im Umgang zwischen Direktion und Schauspielern, aber auch in der Aufführungspraxis und der Interaktion mit dem Publikum direkte Wirkungen gezeigt. Leider führt Kraus auch in ihrem Buch nur wenige Belege für die Veränderung der internen Kultur der Theater an, etwa die Verflachung von Hierarchien<sup>20</sup>. Ihre Quellen sind überwiegend zeitgenössische programmatische Aussagen und spätere Erinnerungen von Akteuren. Daher nimmt sie zum Teil die Behauptung des Wandels für den Beweis. Die These klingt plausibel, dass die Institution der Theater sich nicht radikal veränderte, hingegen aber der (interne und externe) theatrale Kommunikationsprozess: Das Theater verstand sich nun als „Diskussionspartner der Gesellschaft“<sup>21</sup>. Was das genau heißt, wäre aber in der mittelfristigen Perspektive noch zu zeigen. Fazit: Die Kultur des Theaters wandelte sich, der angestammte institutionelle Rahmen blieb im Großen und Ganzen erhalten.

Kraus' eher skeptisches Resümee in Bezug auf die Wirkungen von 1968 im Theater, sofern dieses als gesellschaftliche Institution verstanden wird, bestätigt auch Krögers Beitrag zum Verlag der Autoren. Sein knappes Fazit

<sup>20</sup> Dorothea Kraus, Theater-Proteste. Zur Politisierung von Straße und Bühne in den 1960er Jahren, Frankfurt a. M. 2007, S. 347.

<sup>21</sup> Vgl. S. 41 in diesem Band.

zur Revolte im Verlagswesen fällt „ernüchternd“ aus: Wenig sei von den Mitbestimmungsmodellen und Demokratisierungsbestrebungen übrig geblieben. Der Aufstand der Lektoren bei Rowohlt und Suhrkamp scheiterte an den übermächtigen Verleger-Patriarchen, denen prominente, der APO und der Neuen Linken politisch nahe stehende beziehungsweise ihr angehörende Autoren wie Peter Weiss die Treue hielten. Sie wandten sich und zögerten eine Entscheidung hinaus, wie ein sehr bezeichnender Briefwechsel zwischen Unseld und Weiss illustriert. Weiss sprang nicht ab, ließ sich von Unseld zurück gewinnen, weil er auf eine „grundstürzende Revolution“ wartete. Bis dahin wollte Weiss seine „Angriffe gegen den Kapitalismus und Imperialismus auf breitester Basis“ publizieren, sprich beim Auflage garantierenden und kommerziell attraktiven Suhrkamp-Verlag<sup>22</sup>. Kritik an der Machtfülle der Verleger war schnell abgefeuert. Doch die größere Herausforderung war der Aufbau neuer Strukturen. Als eine „Gegeninstitution“ zum herkömmlichen Betrieb wollte der Verlag der Autoren im Geist von 1968 Gegenöffentlichkeit schaffen. Er wuchs dabei zu einem florierenden Unternehmen heran, aber nur, indem er eine bestimmte Nische besetzte und sich auf das Verlegen von Theaterstücken konzentrierte. Der Verlag hält sich bis heute. Er blieb eine Ausnahme und hat sich auch aufgrund der langen Amtszeiten eines der führenden Lektoren de facto zu einer Institution mit weitgehender Mitbestimmung entwickelt, aber nicht mit radikaler Selbstverwaltung.

In die gleiche Kerbe schlägt Björn Lück, der die Auseinandersetzungen um die journalistische Selbstbestimmung in den 1960er Jahren analysiert. Auch hier wurde reichlich Kritik „aus dem Geist von 1968“ an der „Textherrschaft“ der Verleger geübt. Der „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein machte seinen Mitarbeitern Ende 1969 sogar ein revolutionär großzügiges Angebot, indem er sie zu Teilhabern des Verlags zu machen versprach und dies 1973 auch tatsächlich umsetzte. Durch (ökonomische) Mitbeteiligung wurde die Forderung nach weitgehender (redaktioneller) Mitbestimmung unterlaufen. Augstein kaufte im wahrsten Sinne des Wortes den Redakteuren den Schneid ab und konnte so seine Kompetenzen und autonomen Entscheidungsspielräume wahren. Lücks Darstellung zieht sich dankenswerterweise bis in die 1970er Jahre, indem er das Experiment der „taz“ gegen das von Augstein verwirklichte Modell stellt. Auch diese journalistische Gegen gründung aus dem „Geist von 1968“ hat sich erfolgreich auf dem Pressemarkt etablieren können. Ein bemerkenswertes Modell von Mitbestimmung

<sup>22</sup> S. 90 in diesem Band.

wurde entwickelte, wobei es hier intern viel „Knatsch“ gab. Die „taz“ blieb, wie der Verlag der Autoren, ein Nischenprodukt, das ein überwiegend links-liberales Publikum erreicht und damit nicht als repräsentativ für eine breite Verschiebung gesellschaftlicher Wahrnehmungshorizonte verstanden werden kann. Lück resümiert mit dem kaum zu widerlegenden Satz, dass es „eine analytische und methodische Herausforderung“ sei, Wirkungen sozialer Bewegungen zu untersuchen. Letztlich bleibt er damit aber die eine Antwort schuldig, worin sich die neue Wahrnehmung des Sozialen in der Gesellschaft nun zeigte.

Marmulla geht schon im Titel seines Beitrags direkt auf den generellen theoretischen Rahmen des Projekts ein, indem er das von Hans Magnus Enzensberger begründete „Kursbuch“ als primäres Medium einer „doppelten Wahrnehmungsrevolution“ interpretiert. Das „Kursbuch“ sei hierbei sowohl „Forum“ als auch „Produzent einer Wahrnehmungsrevolution“ gewesen<sup>23</sup>. Im Zusammenspiel mit der außerparlamentarischen Bewegung sei es darum gegangen, eingefahrene Unterscheidungsmuster wie die Einteilung der Welt in Ost und West (Kommunismus und Kapitalismus), nationalstaatliche Grenzen, oder den Gegensatz „von Literatur und dem Politischen“ zu nivellieren. Enzensberger war ein gewisser Erfolg nicht abzusprechen, denn die sozialen Bewegungen um 1968 konnten für eine Weile tatsächlich hoffen, dass sich die Hauptachse der Weltgeschichte von ost-westlicher in nord-südlicher Richtung verschoben habe<sup>24</sup>. Das änderte sich in den späten 1970er Jahren, als der Kalte Krieg mit Vehemenz auf die politische Bühne zurückkehrte. Was Marmulla dabei mit erheblichem Theorieaufwand unter Bezug auf Bourdieu als These formuliert, dass nämlich die Wahrnehmung der Welt bewusst verändert werden sollte, beschränkt sich indessen auf die Ebene der Protagonisten rund um Enzensberger, ohne dass der Autor die postulierten breiteren gesellschaftlichen Wirkungen, auf die es Enzensberger ja angekommen sein muss, näher analysiert. Marmulla bleibt, bei aller theoretischen Brillanz seines Ansatzes, einer Neu-Linken Binnensicht verhaftet. Er untersucht Intentionen, nicht Folgen<sup>25</sup>.

Auch Silja Behre springt leider zu kurz. Ihr Beitrag bleibt die Antwort auf die umfassendere, von Gilcher-Holtey aufgeworfene Frage nach der gesellschaftlichen Wahrnehmungsrevolution ebenfalls schuldig. Das hängt wie

<sup>23</sup> S. 14 in diesem Band; das vorstehende Zitat findet sich auf S. 63.

<sup>24</sup> Vgl. Quinn Slobodian, *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*, Durham 2012.

<sup>25</sup> Das gilt auch für das Buch, das den Rahmen ebenfalls nicht deutlich weiter zieht; vgl. Henning Marmulla, *Enzensbergers Kursbuch. Eine Zeitschrift um 68*, Berlin 2011.

bei den anderen Autorinnen und Autoren mit der Quellenbasis und der Analyseebene zusammen. Silja Behre zeigt in ihrem methodisch anspruchsvollen und gut dokumentierten deutsch-französischen Vergleich, wie aus Bewegungsakteuren „Erinnerungsunternehmer“ wurden, wie die „Alt 68er“ eine Art „Vergangenheitsverwaltung“ (ein glücklicher Begriff) etablierten, wie konkrete Persönlichkeiten bestimmte Deutungsmuster über Kongresse und Publikationen verbreiteten und wie unterschiedlich und damit letztlich offen dieser Prozess in den beiden Ländern verlief. Dabei kommt sie zu dem spannenden Fazit, dass in Deutschland ehemalige Aktivisten die Deutungshoheit über 1968 sehr viel stärker behaupten konnten als in Frankreich. Warum dies so war, wird aber nicht erklärt, nicht einmal thesenhaft zugespitzt darüber nachgedacht. Es ist schade, dass Behre schnell zu allgemeinen theoretischen Ableitungen zur Dynamik der Konstruktion von Erinnerungsprozessen übergeht und so ein starkes Argument zur gesellschaftlichen Fernwirkung von 1968 verschenkt.

Was bei Behre wie in den übrigen Teilstudien auffällt, ist der weitgehende Verzicht auf einen knappen Abgleich eines doch im Wesentlichen internen Deutungskonflikts um 1968 mit dem Kampf um die Deutung jenseits der Kreise ehemaliger Protagonisten und ihnen nahe stehender Publizisten und Intellektueller. Selbstverständlich ist so etwas im Rahmen einer einzelnen Fallstudie nicht zu leisten. Aber für die Beiträge zu dem vorliegenden Band, der Zeitgeschichte ins Gespräch bringen will, hätten wenigstens konkrete Hypothesen zum *impact* für die weitere Forschung formuliert werden können, wie sich etwa die Vorstellung der politisch gescheiterten, aber kulturell erfolgreichen Revolution aus den hier analysierten Kontexten der 68er heraus weiter verbreiten konnte, oder woran sich ein gesellschaftlicher Wahrnehmungswandel tatsächlich zeigt. „Gesellschaftlich“ muss hier aber heißen, um es noch einmal zu betonen: auch außerhalb der Neuen Linken<sup>26</sup>. Letztlich kann auch Behre nur konstatieren, dass die etablierte Aufspaltung der Bewegungen von 1968 in „politische“ und „kulturelle“ Folgen eine Geschichte hat und Teil „ständiger Redefinitionsprozesse“ von 1968 ist. Unklar bleibt, was genau das für eine Redefinition des Politischen im umfassenderen Kontext jenseits der politischen Avantgarden besagt.

Hier hilft der Beitrag von Meike Vogel ein Stück weiter. Sie wendet in ihrer Analyse der Fernsehberichterstattung den Blick von außen auf „1968“.

<sup>26</sup> Wie dies etwa Frank Bösch für die CDU vorgeschlagen hat; Frank Bösch, *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2001, S. 94 ff., sowie Klaus Schönhoven, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 2004, S. 267 ff. und S. 534 ff.

Sie betont in mir plausibel erscheinender Weise, „dass das Fernsehen nicht allein als Vermittler der Proteste, sondern als Akteur im Kampf um den politischen Raum agierte“<sup>27</sup>. Die Arbeit knüpft an mediengeschichtliche Ansätze des letzten Jahrzehntes an, wonach Formen der medialen Kommunikation letztlich als Teil des Ereignisses selbst zu verstehen sind und nicht als etwas davon Separiertes und Externes<sup>28</sup>. Stärker aber als die Autorinnen und Autoren der übrigen Teilstudien kann Vogel so Aussagen darüber treffen, wie diese Ausweitung und Neudefinition des Politischen mit der Visualisierung der Proteste, denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk der Bundesrepublik im Vergleich zum französischen Staatsfernsehen übrigens sehr viel Raum gab, dazu beitragen konnte, dass „sich auf breiterer gesellschaftlicher Front“ durchsetzte, „was in den Jahren zuvor bereits innerhalb von Teilöffentlichkeiten diskutiert worden war“. Die Debatten um 1968 hätten vorher bereits angelegten Diskursen „erstmalig eine massenmediale breitenwirksame Öffentlichkeit“ verschafft<sup>29</sup>. Wie dies dann aber über 1968 in ein neues gesellschaftliches Verständnis des Politischen übersetzt wurde, bleibt letztlich auch hier offen.

### 3. Fazit

In der Summe beschäftigen sich die gut recherchierten und für sich genommen historisch aufschlussreichen und quellengesättigten Fallstudien mit unterschiedlichen Initiativen, denen es darum ging, eine neue Wahrnehmung von Gesellschaft und Politik zu etablieren, indem sie auf Gegenmodelle sowohl zum herkömmlichen politischen Betrieb als auch zu eingefahrenen Wegen in kulturellen Institutionen setzten. Gut sichtbar wird, wie sich die revolutionäre Unruhe um 1968 in das soziale Gefüge der hier untersuchten institutionellen Kontexte einschrieb. Indes liegen die Fallbeispiele zum Teil etwas entfernt vom Kern der sozialen Bewegungen um 1968. Sie behandeln überwiegend für 1968, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes partiell randständige Bereiche (Ausnahme: Theater, Journalismus, Fernsehen). Das ist a priori kein Nachteil, denn sozialer Wandel schlägt sich in allen Segmenten der Gesellschaft mehr oder weniger stark nieder. Um Wahrnehmungswandel in seinen Wirkungen abzuschätzen, können Unter-

<sup>27</sup> S. 66 in diesem Band.

<sup>28</sup> Zu den entsprechenden theoretischen Ansätzen die Einleitung der Druckfassung, Meike Vogel, Unruhe im Fernsehen. Protestbewegung und öffentlich-rechtliche Berichterstattung in den 1960er Jahren, Göttingen 2010, S. 8ff.

<sup>29</sup> S. 80f. in diesem Band.

suchungen zum Fernsehen oder zu einem Nischenprodukt wie dem Verlag der Autoren fruchtbare Untersuchungsfelder sein. Insofern ist Randständigkeit kein Kriterium zur Falsifizierung des Ansatzes<sup>30</sup>.

Ein konzeptionelles Problem in Hinblick auf das Generalthema und die generelle Frage des Projekts nach dem Wandel gesellschaftlicher Selbstperzeptionen ist die chronologische Beschränkung auf die Jahre um 1968. Das gilt auch für den programmatischen Band 1968 – Eine Zeitreise von Gilcher-Holtey, in dem sie die Terminologie der Wahrnehmungsrevolution schon einmal ausführlicher verwendet hatte<sup>31</sup>. Viele der hier geäußerten Kritikpunkte treffen auch diesen Band, weil er 1968 chronologisch eng führt, die Begrifflichkeit der Akteure historisch nicht durchbricht, sowie das Ausstrahlen von 1968 auf die 1970er und 1980er, bis eventuell sogar in die 1990er Jahre, nicht untersucht<sup>32</sup>. Das ist ein grundsätzliches Manko des Projektdesigns, dass der These des gesellschaftlichen Wandels durch eine von 1968 ausgelöste Wahrnehmungsrevolution ein relativ kurzer Untersuchungszeitraum gegenübersteht. Was daher durchgängig nicht geleistet werden kann, ist die breitere soziale Einwurzelung der von Gilcher-Holtey einleitend postulierten, in Bezug auf ihren stärker evolutionären Charakter missverständlich titulierten Wahrnehmungsrevolution<sup>33</sup>. Es bleibt daher die Wirkungsgeschichte von 1968 im Kontext einer gewandelten Wahrnehmung des Sozialen und des Politischen noch offen. Das Anregungspotential des Bielefelder Projekts ist hoch. Es sollte von künftiger Forschung entsprechend genutzt werden.

<sup>30</sup> So aber Wengst in seinem Kommentar zu diesem Band.

<sup>31</sup> Vgl. Gilcher-Holtey, *Zeitreise*, S. 8ff. und S. 201–207.

<sup>32</sup> Vgl. meine ausführlichere Kritik: Das „kurze“ 1968.

<sup>33</sup> Die eben besser als „Wahrnehmungswandel“ bezeichnet werden sollte.